NR. 05 / MAI 2016

GRÜNWÄRTS

INFOBULLETIN GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

Illustration: einfachgrafik.ch

GRÜNE BASELLAND & BASEL-STADT

› **RÜCKBLICK:** 50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT IN BASEL-STADT S. 3–5

› **ABSTIMMEN:** UNSERE PAROLEN FÜR DEN 5. JUNI S. 6–9

› **AUS DEN PARTEIEN:** WECHSEL IN DEN PRÄSIDIEN VON BL UND BS S. 7–8

2 Editorial

3 50 Jahre Frauenstimmrecht

6 Eidg. Abstimmungen

7 jgb nordwest

8 Abstimmungen Basel-Stadt

9 Abstimmungen Baselland

10 Aus den Kantonen

12 Ortssektionen, Arbeitsgruppen, Parolen

Grünwärts – Infobulletin der Grünen Baselland und Basel-Stadt

Herausgeberin: Grüne Baselland und Basel-Stadt, Güterstrasse 83, 4053 Basel

Redaktion: Harald Friedl, Nathalie Martin, Martin Stohler, Oliver Thommen, Laura Schwab

info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

Gestaltung: grafik@sarahmartin.ch

Druck: Seiler Print AG

Gedruckt auf Cyclus Offset, 100% Recycling

Erscheint 4 Mal pro Jahr, Auflage 2450 Ex.

Redaktionsschluss: 4. April 2016

ZUM ABSCHIED

Liebe Grüne
Auf zu neuen Ufern. Ein Motto, das ich bisher in meinem Leben nicht so kannte. Nun aber ist es so, dass ich das Rhein- mit dem Saane-Ufer ergänze (nicht ersetze). Die Liebe und die Lust auf etwas Neues ziehen mich nach Fribourg zu meinem Lebenspartner. Mit diesem Editorial verabschiede ich mich deshalb in meiner Funktion als Co-Präsidentin der Grünen Basel-Stadt von Euch.
Ich habe in den acht Jahren, in denen ich für die Grünen aktiv sein durfte, viel gelernt. Die Geschicke der Partei mitleiten zu können, hat mir viel Freude bereitet. Die Geschäftsleitung und die Grossratsfraktion sind fast zu einer Art Familie geworden. Eine Familie mit Festen, mehr guten als schlechten Momenten, mit engeren und weniger engen Beziehungen und mit Konflikten. Im Vergleich zu anderen Kantonalparteien geht es bei uns aber sehr harmonisch zu und her. Das ist einerseits schön, denn es bedeutet gegenseitiges Vertrauen, eine Eigenschaft, die auch in der Politik bewahrt werden sollte. Doch manchmal hat mir die Debattierlust etwas gefehlt – nichts in der Politik ist so spannend, wie offene, aber auch heftige Debatten. Ich wünsche den Grünen deshalb viele interessierte Mitglieder an den Versammlungen und Diskussionsanlässen, viele engagierte Debatten, Ideen und Projekte in den Arbeitsgruppen und viel Lust und Offenheit an Aktionen auf der Strasse. Denn für die kommenden Wahlen braucht es Euch alle, damit die rot-grüne Erfolgsgeschichte weitergeht!
Ich freue mich, Euch weiterhin ab und zu bei den Grünen oder bei anderen Anlässen anzutreffen.

Mit herzlichen Grüssen

Mirijam Ballmer
Co-Präsidentin Grüne Basel-Stadt

RÜCKBLICK: 50 JAHRE FRAUENSTIMMRECHT IN BASEL-STADT

Bild: frauenstimmrecht.ch
(Plakatsammlung der Schule für Gestaltung Basel, © beim Gestalter Karl Mannhart)

Vor 50 Jahren erkämpften sich Frauen in Basel-Stadt die gleichen Rechte wie Männer.

Die Gleichstellungsdebatte nahm mit der Französischen Revolution erstmals Fahrt auf, räumte diese doch mit dem christlichen Frauenbild radikal auf: Doch die egalitäre Ansicht, dass alle Menschen gleich sind, unterlag der naturwissenschaftlichen Idee der Verschiedenheit der Geschlechter: Wegen ihrer inkompletten Körper seien auch die mentalen Fähigkeiten der Frauen minderwertig: Stichwort hier ist die Hysterie (griech. hystera = Gebärmutter).
Demgegenüber standen Entwicklungen in den Lebenswelten der Menschen. Die familiär organisierten Wirtschaftsstrukturen wurden durch die industrielle Revolution aufgebrochen. Mit dem Ende der Heimarbeit gingen auch Frauen in die Fabriken und waren dort bis nach dem Zweiten Weltkrieg sehr präsent und konnten sich damit auch soziale Errungenschaften erkämpfen. In den meisten Staaten führte diese Entwicklung dazu, dass sie bei Verfassungsrevisionen auch die politischen Rechte erhielten – früher (Neuseeland) oder später (Frankreich).

Langwieriger politischer Kampf
In der Schweiz blieben Frauen lange ausgeschlossen. Die ersten Frauenverbände formierten sich vor der ersten Verfassungsrevision von 1874. Alles Bemühen zahlte sich nicht aus – auch beispielsweise nach dem Landestreik von 1918. Es waren dann die Gemeinden, von welchen der Wandel ausging: etwa in Niederdorf/BL erstritten sich Frauen 1957 bei der Abstimmung über die Zivildienstpflicht für Frauen das Stimmrecht. Im selben Jahr gewährte Basel seinen Bürgergemeinden das Frauenwahlrecht. Gertrud Späth-Schweizer wurde so am 26. Juni 1958 als erste Schweizerin in ein politisches Amt gewählt.
Die Erfolge blieben nicht ohne Widerstand und so scheiterte die eidgenössische Abstimmung 1959 an einer Zweidrittelmehrheit, in Basel führte die Niederlage zum einem Lehrerinnenstreik. In Basel-Stadt (1966) und Basel-Landschaft (1968) erlangten Frauen dann das Stimmrecht auf kantonaler Ebene. Der Rest ist Geschichte: 1971 endlich der Triumph auf eidgenössischer Ebene und im November 1990 mussten sich schliesslich die Männer im Appenzell dem Bundesgericht beugen.

Familienfreundliche Wirtschaftsregion?
Politisch sind wir nun alle gleich. Aber es ist noch ein langer Weg von formaler zu gelebter Gleichstellung, zum Beispiel bei der Familienarbeit. Noch immer verzichten Frauen häufig zugunsten der Familie auf ihre Karriere. Teilzeitarbeit auf allen Hierarchiestufen, bezahlbare und gute Kinderbetreuung sowie eine angemessene Auszeit nach der Geburt eines Kindes sind wirkungsvolle Instrumente, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu fördern. Dies fördert zudem die Wirtschaftskraft der Region. Da sich auf Bundesebene nur schwer ein Kompromiss findet, darf der Kanton Basel-Stadt, deshalb nicht länger abwarten, sondern soll selbst geeignete Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf einführen. Grossrätinnen des Grünen Bündnis haben deshalb ein Vorstosspaket eingereicht (siehe Gruene-bs.ch).
Nora Bertschi, Grossrätin
Oliver Thommen, Parteisekretär
Grüne Basel-Stadt

Weitere Infos zum Thema und zu Veranstaltungen rund um das Jubiläum unter Frauenstimmrecht.ch.

«ICH WOLLTE ALS FRAU SELBSTBESTIMMT LEBEN KÖNNEN»

Anne-Marie Pfister (geb. 1948) gründete vor 1974 den ersten Frauenbuchladen und war zwischen 2004 und 2008 Grossrätin. Wir haben mit einer der prominentesten Figuren der Basler Frauenbewegung gesprochen.

Laura Schwab: Was hat Sie politisiert, Frau Pfister?
Anne-Marie Pfister: Die Frauenbewegung hat mich stark beeindruckt und politisiert. Ich bin 1948 geboren und musste die ersten drei Jahre meiner Volljährigkeit ohne Stimmrecht verbringen. Diese Ungerechtigkeit hat mich schon immer gestört. 1974 habe ich mich selbstständig gemacht und ein eigenes Geschäft eröffnet, den ersten Frauenbuchladen in der Schweiz. Im Zuge der Selbstständigkeit habe ich immer wieder wahrgenommen, dass man als Frau mit eigenem Geschäft nicht richtig ernst genommen wird, so beispielsweise auf der Bank, als es darum ging, einen Kredit fürs Geschäft zu bekommen. Ich wollte ernst genommen werden als Frau und selbstbestimmt leben können, deshalb habe ich mich für das Stimmrecht eingesetzt.

Was hat Sie am meisten geprägt während Ihrer aktiven Zeit in der Frauenbewegung?
Ich habe die erste Frauenbuchhandlung der Schweiz eröffnet. Wir kämpften gegen die vorherrschende Ungerechtigkeit, gegen eine Gesetzgebung, welche nur auf die Männer zugeschnitten war. Wir wollten auch das Recht auf die eigene Sexualität erwirken und die Selbstbestimmtheit der Frau erreichen.
Die neuen Gesetzgebungen, welche nach der Annahme des Frauenstimmrechts ausgearbeitet wurden, haben viele positive Neuerungen hervorgebracht. So wurde das Ehegesetz, wie auch die Rechte der Mütter über ihre Kinder angepasst.

Weshalb hat es so lange gedauert, bis die Schweiz das Frauenstimmrecht auf nationaler Ebene eingeführt hat?
Also erstens einmal ist es ja irgendwie logisch, dass eine solche Vorlage abgelehnt wird, wenn nur die Männer darüber abstimmen konnten und sich diese vor einer Art Machtverlust fürchteten. Das Stimmrecht war bis dahin ein männliches Privileg und nur diejenigen, die über dieses Privileg verfügten, konnten über eine etwaige Änderung entscheiden. Das ist ja an und für sich schon eine schwierige Ausgangslage. Zudem gab es kein wirklich existierendes Streikrecht, Demonstrationen waren nicht an der Tagesordnung. Das bedeutete auch, dass die Frauen gar nicht gross öffentlich auf ihr Anliegen aufmerksam machen konnten. Was sicher auch eine wichtige Rolle gespielt hat, war der steigende Wohlstand nach dem Krieg. Es ging den Menschen in der Schweiz relativ gut, es gab also für viele keinen Grund, an den bestehenden Verhältnissen etwas zu ändern. Zudem fehlte es am politischen Bewusstsein. Es gab keinen Konsens darüber in der Schweizer Politik, welche wiederum nur aus Männern bestand. Es bestand eine sehr bürgerlich geprägte Gesellschaft in dieser Zeit, welche auch konservativ und traditionell geprägt war. Und dieser gegenüber stand keine richtige Opposition.
Zwar gab es einige Aktionen, wie zum Beispiel der berühmte Lehrerinnen-Streik in Basel und doch scheint dies nicht gereicht zu haben für eine breite, öffentliche Sensibilisierung. Auch galt die Hausarbeit zu dieser Zeit als völlige Selbstverständlichkeit. Daran wollte man anscheinend auch festhalten und viele hatten wohl Angst, dass das Frauenstimmrecht auch in dieser Hinsicht Veränderungen mit sich bringen würde.

Wie sieht es aus Ihrer Perspektive heute mit der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau aus?
Diese ist noch immer nicht erreicht, was man beispielsweise an der noch immer bestehenden Lohnungleichheit sieht. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau wurde zwar 1986 in der Schweizer Verfassung festgeschrieben, ist in der Realität aber nach wie vor nicht gewährleistet. Noch immer bestehen bis zu 20 Prozent Unterschiede bei den Gehältern gleicher Arbeiten von Mann und Frau. Eine Ungerechtigkeit besteht also noch immer. Die Einführung des Frauenstimmrechts in der Schweiz liegt noch nicht lange zurück, das geht oft vergessen. Das Stimm- und Wahlrecht ist auch ein Recht und nicht nur Pflicht. Darauf sollten wir eigentlich stolz sein und es auch als Chance sehen, um unsere Meinung kundzutun.

Wo müssen Ihrer Meinung nach weiterhin Akzente gesetzt werden, um die Gleichberechtigung voranzubringen?
Die Quotenregelung ist zwar sehr umstritten. Sie dient jedoch als Druckmittel um eine Gleichberechtigung zu erreichen, bis diese zu einer Normalität wird und ohne jegliche Instrumente garantiert werden kann. Aber darüber streiten sich ja auch viele Parteien. Insbesondere wenn es darum geht Spitzenpositionen zu besetzen. Diese sind heute auf nationaler Ebene mehrheitlich von Männern besetzt.

Vielen Dank für das Gespräch!
Interview: Laura Schwab, Vorstand jgb

STREITGESPRÄCH: ZWEI POLITIKER, ZWEI GENERATIONEN, ZWEI MEINUNGEN

Wir haben zwei Männer gefragt, wo sie die heutige Gender-Diskussion sehen und ob es Frauenförderung bei den Grünen noch braucht?

Andreas Tereh, Einwohnerrat Riehen

Bálint Csontos, Gemeinderat Ramlinsburg

1 Im Zusammenhang mit Grüner Politik fehlt jegliche Verbindung zwischen Geschlecht und Fähigkeit. Die Förderung eines Geschlechts ist somit sexistisch.

2 Unsere Partei können wir nicht von der von der gesellschaftlichen Realität abgrenzen: Unsere konsequente Gleichstellungspolitik hat erst dazu geführt, dass wir Grünen zumindest kein heftiges Geschlechterproblem haben. Und wer sich auf seinen Lorbeeren ausruht..

3 Die Grünen sind eine Umweltpartei. Und ich sehe keinen Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Geschlecht. Oder findest Du, dass Frauen Umweltanliegen besser vertreten können?

4 Aber die Frage ist doch, ob wir als Partei uns noch aktiv um die Frauenförderung bemühen müssen. Ich meine: Ja. Bei der KandidatInnensuche vor Wahlen erlebe ich z.B. regelmässig, wie viel einfacher es ist, Männer von einer Kandidatur zu überzeugen. Um Dir noch zu antworten: Die Grünen sind eben nicht eine reine Umweltpartei. Unsere Wurzeln liegen in vielen Bewegungen: Umwelt, Feminismus, Demokratie, Frieden,....

5 Zu den Wurzeln kann ich nur sagen: «Tempora mutantur, nos et mutamur in illis». Während sich die Stellung der Frau in der Gesellschaft seit den Siebzigern u.a. dank den Grünen stark verbessert hat, hat sich die Umweltsituation stark verschlechtert. Da sind auch hundert Prozent unserer Energie noch zu wenig, um die Gesamtsituation zu retten. Wir müssen jetzt für jene kämpfen, die keine Stimme haben im der Politik. Ausserdem werden zum Beispiel homosexuelle oder behinderte Menschen gesellschaftlich weit stärker benachteiligt als Frauen. Es mutet daher recht willkürlich an, dass Du ausgerechnet jene fördern möchtest.

6 Du forderst also, alle anderen Benachteiligten nicht zu vergessen, willst aber eine auf Umweltthemen beschränkte Grüne Partei? Fakt ist doch, dass auch heute Frauen stark benachteiligt werden (verdienen im Schnitt ein Fünftel weniger). Ist das denn nicht eine absurde Ungerechtigkeit, die uns Grüne förmlich zum Handeln auffordert? Ob wir uns stärker auf ein Thema fokussieren sollten oder breit abgestützt besser dran sind, ist eine andere Diskussion, denn in einer Gesellschaft, die Frauen diskriminiert, in der eigenen Organisation Frauen zu fördern, dürfte für uns doch nicht zu viel verlangt sein.

7 Im Grossen Rat in Basel sind 8 von unseren 12 Sitzen von Frauen besetzt. Wie gross müsste der Anteil sein, damit genug Förderung betrieben würde? Dass wir uns weiterhin für die Gleichstellung stark machen ist selbstverständlich. Während Genderfragen durch die SP gut bewirtschaftet werden, sind Umweltanliegen sonst nirgendwo vertreten. Deshalb gewichte ich diese auch höher. Und gerade weil ich die so wichtig finde, meine ich, dass die Sitze nach Verdienst und Potential verteilt werden sollten und nicht nach Geschlecht. Wenn das dann alles Frauen sind, ist das auch ok.

EIDGENÖSSISCHE ABSTIMMUNGEN

JA ZUM GRUNDEINKOMMEN – ABER ZU WELCHEM?

In der Arbeitswelt scheint eine neue Epoche anzubrechen. Bisher von Menschen geleistete Arbeiten werden in vielen Bereichen von Maschinen, Computern oder Robotern übernommen. Das führt dazu, dass die für die Herstellung und die Verteilung von Gütern nötige menschliche Arbeitszeit und damit der Bedarf nach LohnarbeiterInnen tendenziell abnimmt. Zugespitzt gesagt: Lohnarbeit wird ein knappes Gut.

Der Philosoph und Ökonom André Gorz hat bereits in den 1980er-Jahren („Abschied vom Proletariat“, „Wege in Paradies“) auf diese Dynamik hingewiesen. Als Ausweg schlug er eine Kombination von einem existenzsichernden Grundeinkommen und einem Recht auf Arbeit vor. Damit die Gesellschaft allen ein solches Einkommen ermöglichen kann, sollten alle während ihres Lebens jeweils insgesamt 20‘000 Arbeitsstunden im Bereich herkömmlicher Unternehmen oder Institutionen leisten. In dieser Zeit liessen sich die gesellschaftlich notwendigen Güter erzeugen – die übrige Lebenszeit wäre dann bezahlte Freizeit, in der wir selbstbestimmten Tätigkeiten nachgehen könnten.

Die zur Abstimmung kommende eidgenössische Volksinitiative wirbt für die Idee eines Grundeinkommens, ohne einen Link zu einem Recht auf Arbeit zu machen. Der Initiativtext lässt die Finanzierung offen. Ein entsprechendes unverbindliches Konzept haben die InitiantInnen nun nachgeschoben (für die Details vgl. NZZ vom 4. März 2016). Obwohl dieses Konzept nicht alle Grünen überzeugte – in der Diskussion fiel gar der Begriff „Woodoo-Ökonomie“ –, sagte eine Mehrheit an der jeweiligen Mitgliederversammlung Ja zur Initiative. Dies vor allem, weil sie die Idee eines Grundeinkommens für richtig halten. Der basel-städtische Vorstand hatte noch die Nein-Parole beantragt.

Martin Stohler, Vorstand Grüne Basel-Stadt

VERKEHRSPOLITISCHER UNSINN – FINANZPOLITISCHE KATASTROPHE

AutofahrerInnen sehen sich gerne in der Opferrolle: Opfer von Radarkontrollen, Opfer von Parkgebühren und ganz besonders in diesem Fall, Opfer des Staates in Form der Mineralölsteuer.

Die Milchkuhinitiative passt in dieses Schema. Sie fordert, dass alle Einnahmen der Mineralölsteuer auf Treibstoffe in einen zweckgebundenen Fonds für Strassenbau fliessen sollen und nicht wie bisher mit 1.5 Mrd. Franken in die Bundeskasse. Damit wird aus der Initiative, die vorgibt eine verkehrspolitische Vorlage zu sein, eine drastische Kürzung des Bundesbudgets.

Denn es wurden bereits 400 Millionen Franken für den Strassenausbau bewilligt. Das ist aber der Autolobby noch nicht genug. Es soll noch mehr Geld in den Strassenausbau fliessen und dafür andere Ausgaben des Bundes gestrichen werden. Daneben will die Initiative, dass bei einem Überschuss im zweckgebundenen Strassenfond die Treibstoffsteuer gesenkt wird.

Das, obwohl das Autofahren durch den ausgebliebenen Teuerungsausgleich in der Schweiz billiger geworden ist, besonders gegenüber den ÖV-NutzerInnen und dem Ausland.

Nicht nur ist die Vorlage eine finanzpolitische Katastrophe, sondern sie gefährdet auch ganz generell die Idee einer Steuer als eine Lenkungsabgabe. Denn wenn die Treibstoffsteuer für den Strassenausbau genutzt würde, wäre das, wie wenn die Alkoholsteuer für den Ausbau von Destillerien genutzt würde. Daher empfehle ich die Ablehnung dieser Vorlage.

Victor Bättig, Vorstand jgb

ASYLGESETZREVISION: EIN TRAUERSPIEL DER KALKULATION

Schutz statt Hetze!

Am 5. Juni wird über die Asylgesetzrevision abgestimmt. Nun stehen wir vor einem Dilemma.

Mit einer Annahme wird in Kauf genommen, dass die juristischen Bedingungen für ein faires Verfahren verschlechtert werden. Bei einer Ablehnung wird eine zusätzliche Verschärfung bei der neuen Ausarbeitung aufgrund der rechtskonservativen Mehrheit im Parlament riskiert.

So empfehlen nun Grünen Schweiz eine Annahme, die Jungen Grünen werden das Gesetz höchst wahrscheinlich ablehnen. Dies kommt vor allem durch eine Kritik an der Beschleunigung der Verfahren: Jedes Asylgesuch im Bundeszentrum durchläuft eine Ersteinschätzung. Damit die Bearbeitungsdauer verringert wird, da bei Aussichtslosigkeit die direkte Abschiebung ins Herkunftsland folgt. Aufgrund der neu kurzen Rekursfrist erhält man eine unabhängige Rechtsberatung, welche jedoch weder auf Professionalität noch auf Unabhängigkeit geprüft ist.

Die Crux der Beschleunigung

Zweifelsohne birgt die Gesetzesrevision auch Vorteile, so verkürzen schnellere Verfahren die lähmenden Wartezeiten, ermöglichen dem Bund eine schnellere Organisation der Unterbringungen und könnten eine oberirdische Unterbringung der Asylsuchenden fördern. Dennoch ist die enorme Beschleunigung juristisch gesehen sehr kritisch zu betrachten.

Aus Überzeugung kann man eine solche repressive und juristisch bedenkliche Gesetzesvorlage kaum annehmen. Bei einer Ablehnung der Revision wird jedoch das Parlament ein neues Gesetz ausarbeiten. Dabei ist es gut möglich, dass die Rechtsberatung wegfällt, da diese im Parlament stark umstritten war. Bei einer Annahme unterstützt man jedoch eine konsequente Umsetzung des humanitär kaum vertretbaren Dublin-Systems sowie eine surreale Beschwerdefrist mit unzureichender juristischer Fachberatung. Objektiv gesehen müssten wir für ein klares Nein werben und die unmenschliche Asylpolitik und stetige Verschlechterung der Bestimmungen ablehnen. Doch aus politischem Kalkül ist eine Annahme wohl eher sinnvoll. Die bevorstehende Abstimmung über die Asylgesetzrevision entpuppt sich als Trauerspiel der Kalkulation.

Raffaela Hanauer, Vorstand jgb

ABSTIMMUNGEN BASEL-STADT

NEIN ZUM DEMOKRATIEABBAU BEI DEN BVB

Der Grosse Rat ist für die Leistungsabgeltung, die Verkehrsbauten und die Darlehen der BVB zuständig. Er soll aber nach Willen der Regierung künftig nicht mehr bei der Wahl der Verwaltungsräte mitwirken. Gegen diesen Beschluss haben Grüne, BastA!, SP und der VPOD das Referendum ergriffen. Die BVB waren seit 1895 mit dem Betrieb der ersten elektrischen Tram ein Betrieb der Staatsverwaltung. Im Jahr 2006 wurden die BVB zu einer öffentlich-rechtlichen Anstalt im 100-prozentigen Besitz des Kantons. Im Zuge dieser Verselbständigung versprach der damalige Regierungsrat, dass das Unternehmen weiterhin die öffentlichen Interessen vertreten wird. Daher wurde unter anderem die Wahl der BVB-Verwaltungsräte auf mehrere Gremien verteilt, um einen Ausgleich zwischen den Gewalten herzustellen. Die Wahl von je drei BVB-Verwaltungsräten durch Parlament und Regierungsrat sorgte für Transparenz und gute Zusammenarbeit.

Richtige Lehre aus Skandalen ziehen

Bei öffentlich-rechtlichen Anstalten besteht kein Wettbewerb. Deshalb braucht es eine breite Abstützung. Nach ihrer Verselbständigung sollten die BVB in die „Champions-League" der Verkehrsbetriebe aufsteigen. Diese vollmundige Ankündigung des CEO endete 2013 in Skandalen und Pannen. EEs waren unter anderem unabhängige Exponenten des Grossen Rats, die im Verwaltungsrat die Missstände aufdeckten. Die strategische Leitung der BVB darf nicht zu einem Kopfnicker-Gremium werden, das nur dem Regierungsrat verpflichtet ist.

Harald Friedl,
Vizepräsident Grüne Basel-Stadt

JA ZUM KOMPETENZZENTRUM

Das Amt für Umwelt und Energie (AUE) soll an die Spiegelgasse in einen sorgfältig gestalteten Neubau umziehen, der punkto Nachhaltigkeit dem neusten Stand der Technik entspricht. Er kostet mit rund 16 Millionen Franken zwar mehr als ein 0815-Bürogebäude, wird aber als Positivbeispiel zu ökologischem Bauen anregen können. Das Gebäude ist ein Null-Energie-Haus: Die Photovoltaikelemente in der Fassade decken den Strombedarf. Dank kluger Isolation und Lüftung ist der Heizbedarf sehr gering und im Sommer keine aktive Kühlung nötig. Aber auch die graue Energie wird reduziert, indem nur rezyklierter Beton verwendet wird und Holz Stahl ersetzt. Zudem wird lokales und gesundheitlich unbedenkliches Material eingesetzt, das bei Sanierung oder Rückbau trennfähig ist.

Aber nicht nur aus ökologischer Sicht überzeugt das Projekt. Der Standort eignet sich für das AUE, da es damit in die Nähe anderer Verwaltungsstellen rückt und zentral erreichbar ist. Die offenen und vielseitig nutzbaren Räume sind flexibel für Anpassungen: Vorgesehen sind 74 Arbeitsplätze, falls nötig finden bis zu 90 Arbeitsplätze Raum.

Raphael Fuhrer, Grüne Basel-Stadt

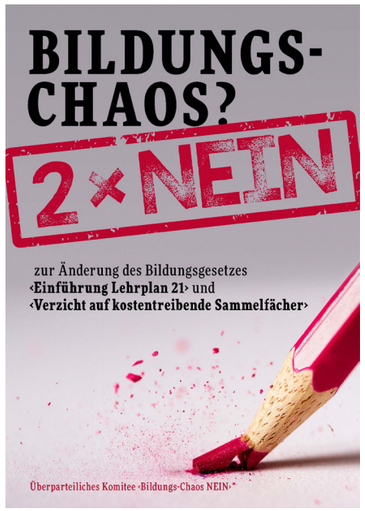
STIMMFREIGABE ZUM BKB GESETZ

Im November 2015 hat der Grosse Rat dem neuen BKB-Gesetz deutlich zugestimmt, wogegen Occupy Basel das Referendum ergriff. Positiv am neuen Gesetz ist die verbindliche Weissgeldstrategie: In Zukunft darf die BKB keine unversteuerten Gelder mehr annehmen. Auch wird ihr Wirkungskreis mit dem neuen Gesetz eingegrenzt. Die BKB kann somit neu keine Filiale in Guernsey mehr betreiben. Am neuen Gesetz ist aber nicht alles ideal: Gegen unseren Widerstand im Grossen Rat wurde zum Beispiel festgelegt, dass der Regierungsrat alleinige Wahlbehörde des Bankrats wird. Die bisherige Regelung mit dem Grossen Rat als Wahlbehörde war aber auch nicht optimal. Sie garantierte keine kompetente Zusammensetzung des Bankrates, da in vielen Parteien die Bankratssitze als Anerkennungspra mie vergeben wurden. Unser Kompromissvorschlag, dass der Grosse Rat auf Vorschlag der Regierung und nach Pru fung der Wahlvorbereitungskommission den Bankrat wa hlt, wurde leider abgelehnt. Obwohl wir im Grossen Rat nicht alle Forderungen durchsetzen konnten, u berwogen die positiven Aspekte und die Fraktion Gru nes Bu ndnis hat deshalb dem Gesetz bei zwei Enthaltungen zugestimmt. An der Jahresversammlung der Gru nen wurde die Stimmfreigabe beschlossen.

Elisabeth Ackermann,
Co-Präsidentin und RR-Kandidatin

ABSTIMMUNGEN BASELLAND

2× NEIN ZU DEN BILDUNGSVORLAGEN



Kernaufgabe des Landrates ist es, die Rahmenbedingungen für die Umsetzung von Lehrplänen und Stundentafeln zu schaffen. Der Landrat und damit alle Parteien können schon jetzt Einfluss auf das Bildungswesen nehmen: über die Finanzierungen, Vernehmlassungen, Nomination und Wahl seiner Vertreter im Bildungsrat. Bildung muss der gesellschaftlichen Realität gerecht werden – nicht politischen Strategien. Bildung gehört auch nicht in einzelnen Teilen im Gesetz fest geschrieben. Dies gilt auch für die Sammelfächer, welche auf Primarstufe und in der Berufsbildung bereits seit Jahren erfolgreich eingeführt sind. Nur auf Sekundarstufe I Einzelfächer zu führen, ist ein Bruch in der Bildungslaufbahn und entspricht nicht der gesellschaftlichen Realität. Die Schullaufbahn über alle Stufen inklusive Berufsbildung muss als Ganzes gesehen werden.

Beatrice Büschlen,
Leiterin Fachgruppe Bildung

JA ZUR UNI-PENSIONSKASSEN-GESETZREFORM (PKG-REFORM)

Die Regierungen beider Basel haben letzten Oktober eine Vereinbarung für eine gestärkte Partnerschaft beschlossen, die Rede ist vom 80 Millionen-Deal. Die Voraussetzung für ein Inkrafttreten dieser Vereinbarung ist neben der bereits beschlossenen gemeinsamen Trägerschaft Swiss TPH und der beschlossenen Impulsfinanzierung ETHZ ein Ja zur UNI-PKG. Der Landrat hat die Vorlage deutlich gutgeheissen, die SVP hat dann gegen den Landratsbeschluss das Finanzreferendum ergriffen. Wir haben Interesse an einer gut aufgestellten Universität, deshalb sagen wir am 5. Juni Ja zur PKG-Reform. Dieses Ja bedeutet gleichzeitig ein Ja zum 80 Millionen-Deal und verschafft den beiden Regierungen Zeit, die zukünftige Strategie im universitären und kulturellen Bereich bis im Jahr 2019 neu zu definieren und den Institutionen Planungssicherheit zu geben.

Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne Baselland

JA ZUM GERICHTS-ORGANISATIONSGESETZ

Denn die Grünen Baselland wollen damit anderen Kantonen nachziehen und Interessenskonflikte zwischen den Instanzen aufheben.

JA ZUR INITIATIVE BILDUNGSQUALITÄT AUCH FÜR SCHULISCH SCHWÄCHERE

Weil die Brückenangebote ansonsten zu stark unter Druck geraten.

NEIN ZUR INITIATIVE FÜR EINE BEDARFS-GERECHTE FAMILIEN-ERGÄNZENDE KINDER-BETREUUNG

Denn die Initiative ist eine Zwängerei, die den Gemeinden verunmöglicht, bei der Kinderbetreuung zwischen Objekt- und Subjektfinanzierung zu entscheiden.

›› DIE PAROLEN ZU ALLEN ABSTIMMUNGEN FINDEN SICH AUF DER LETZTEN SEITE.

MEHR SICHERHEIT

Bekanntlich gibt es keine rote, gelbe oder grüne Sicherheit: Sie ist ein Grundbedürfnis von uns allen, und eine unerlässliche Voraussetzung für Wohlergehen und Wohlstand. Die Baselbieter Bevölkerung kann sich derzeit mit guten Gründen sicher fühlen: im Vergleich über die Zeit mit anderen Kantonen und erst recht mit anderen Ländern. Die Zahl der Delikte ist im letzten Jahr um 16 Prozent zurückgegangen, jene der Einbrüche sogar fast um 30 Prozent. Die Strafverfolgungsbehörden, zuvorderst die Polizei, dürfen mit Recht stolz auf dieses Ergebnis sein. Besonders beeindruckt hat mich die Art und Weise, wie dieses Resultat zustande gekommen ist. Mit sehr viel Einsatz und Präsenz, draussen auf der Strasse, im Tram und in den Quartieren. Aber auch mit korrektem und freundlichem Verhalten und daher praktisch keinen Beanstandungen. Da sage ich einfach: Chapeau! Sicherheit kommt aber ganz einfach auch von Ruhe und Gelassenheit. Und das wünsche ich uns allen: eine Portion Ruhe und Gelassenheit, wann immer es geht!

Isaac Reber,
Regierungsrat, Sissach

NEUES VIZEPRÄSIDIUM

Bild: Marco Agostini, Pascal Benninger, Florence Brenzikofer, Sarah Martin, Anna Ott, Christoph Frommherz

An unserer Mitgliederversammlung der Grünen Baselland vom 13. April haben wir unsere langjährige Vizepräsidentin Sarah Martin und unseren Vizepräsidenten Christoph Frommherz verabschiedet. Sarah hat während 12 Jahren in unserer Geschäftsleitung gearbeitet – ihre Ruhe und Geduld vor allem in hektischsten Zeiten haben mich immer wieder sehr beeindruckt. Christoph war der kreative Schaffer im Hintergrund. Er tritt nach drei Jahren zurück, um sich vermehrt seiner grossen Leidenschaft dem Theater und der Schreibkunst zu widmen. Ich danke Sarah und Christoph von Herzen für die gute Zusammenarbeit und wünsche beiden alles Gute auf ihrem weiteren Weg.
Mit der Wahl von Anna Ott, Pascal Benninger und Marco Agostini vergrössern wir unser Vizepräsidium und somit auch unsere Geschäftsleitung. Ich freue mich, die bevorstehenden Aufgaben und die Herausforderungen für unsere Partei im neu zusammengesetzten Team anzugehen.
Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne Baselland

SPAREN BEIM ÖV? #NICHTMITUNS

Die Regierung sieht in der Finanzstrategie Einsparungen von 900‘000 Franken im öffentlichen Verkehr vor. Was der Landrat mit einer Mehrheit
von SVP und FDP beschliesst, ist ein Kompromiss der Kommission mit Einsparung in einer Höhe von 150‘000 Franken – mit dem Resultat einer Verfassungsklage von betroffenen Gemeinden. Eins ist klar: das Sparpaket war nicht durchdacht und ist zum Scheitern verurteilt. Die Grünen werden sich weiterhin für ein attraktives ÖV-Angebot einsetzen, auch beim achten generellen Leistungsauftrag des ÖVs, der im Mai in die Vernehmlassung kommt.
Florence Brenzikofer,
Präsidentin Grüne Baselland

NEUE GESICHTER IM GROSSEN RAT

Foto Nachrückende v.l.: Raphael Fuhrer (Grüne), Tonja Zürcher (BastA!), Daniel Spirgi (BastA!), Beatrice Messerli (BastA!), Harald Friedl (Grüne), Beat Leuthard (BastA!)

Für die Grossratswahlen war unsere Fraktion in einer schwierigen Lage: Vier von fünf BastA!-GrossrätInnen sowie Eveline Rommerskirchen von den Grünen können wegen der Amtszeitbeschränkung nicht mehr antreten. Dazu kündigten auch Sibel Arslan nach ihrer Wahl in den Nationalrat und Mirjam Ballmer aufgrund ihres Wegzugs aus Basel ihren Rücktritt an. So werden sechs verdiente ParlamentarierInnen nicht mehr kandidieren, knapp die Hälfte aller 13 bisherigen GrossrätInnen. Das Risiko ist gross, bei den nächsten Wahlen Sitze zu verlieren. Deshalb wurde die Situation mit vorzeitigen Rücktritten entschärft. Mit BastA! konnten wir eine Lösung finden, die alle überzeugt. Am 1. März stellten wir sechs frische Gesichter vor. Anstelle von Mirjam und Eveline werden uns ab Juni Harald Friedl und Raphael Fuhrer im Grossen Rat vertreten. Wir wünschen beiden viel Erfolg im neuen Amt und geben ihnen die Gelegenheit, sich kurz vorzustellen. An dieser Stelle sei aber auch Eveline und Mirjam ganz herzlich gedankt für ihre langjährige und verdienstvolle Arbeit im Grossen Rat.

Harald Friedl, 44
Aufgewachsen in Baselland, zog ich 1995 nach Basel. Seit 2005 engagiere ich mich bei den Grünen und bin seit 2006 Vizepräsident der Partei. Seither durfte ich mehrere PräsidentInnen in ihrer wichtigen Arbeit unterstützen. Nach drei Anläufen bei Grossratswahlen freut es mich sehr, dass ich nun im Kleinbasel nachrücken kann. Mit meinen Ausbildungen als Chemiker und Umwelttechniker bringe ich viel Know-how im Umweltbereich mit. Als ehemaliger Gewerkschaftssekretär ist mir auch die Sozialpolitik nicht unbekannt. Zudem engagiere ich mich in verschiedenen Verbänden, u.a. im Vorstand des WWF Region Basel. Ich bin mir bewusst, dass ich in der kurzen Zeit bis zu den Wahlen im Herbst an Bekanntheit zulegen muss. Mein bisheriger Werdegang und mein bereits vorhandenes Netzwerk werden mir dabei sicherlich behilflich sein.

Raphael Fuhrer, 29
Bei den letzten Wahlen für das junge grüne bündnis in Grossbasel West auf der Liste, freue ich mich, nun in den Grossen Rat nachzurücken. Damals schloss ich mein Studium in Umweltnaturwissenschaften sowie Raum- und Verkehrsplanung an der ETH ab. Zurzeit mache ich dazu ein Doktorat. Meine politische Arbeit werde ich der nachhaltigen Entwicklung des Kantons Basel-Stadt widmen: In einem Ein-Eltern-Haushalt aufgewachsen, weiss ich aus eigener Erfahrung um die Wichtigkeit sozialer Institutionen wie Tagesheime oder Stipendien. Aber ich möchte auch, dass sich unsere Gesellschaft in der Umwelt- und Verkehrspolitik schneller und weiter vorwärts wagt. Damit beschäftige ich mich seit ein paar Jahren als Vorstand im VCS beider Basel. In den kommenden Wochen steht ein vielseitiger Wahlkampf an, auf den ich mich freue.

BÜZA BS? – NEIN DANKE

Nun legen sich also auch die Bürgerlichen in Basel-Stadt für die Regierungsratswahlen mit der SVP ins Bett. Noch im Februar haben sie im Kampf gegen die Durchsetzungsinitiative die Politik der SVP als unmenschlich und schädlich für die Region bezeichnet. Doch jetzt scheint dies alles kein Problem mehr zu sein. Um die Macht zu gewinnen, sind alle Mittel recht. Baschi Dürr sagt schon seit einiger Zeit, dass er mit jedem auf das Wahlplakat gehe. Das Programm gleicht der Büza (Bürgerliche Zusammenarbeit) im Baselbiet: Erster Schritt: Steuern senken, zweiter Schritt: Sparmassnahmen durchsetzen. Den Erfolg dieser Politik kann man in Baselland begutachten. Ein weiterer gemeinsamer Programmpunkt ist mittels Strassen- und Parkplatzbau den Autoverkehr zu fördern.
Basel-Stadt hat bisher ein anderes Modell verfolgt. In der Stadt wurde der wirtschaftliche Erfolg der letzten Jahre genutzt, um einerseits Schulden abzubauen und andererseits sehr viel zu investieren. Die Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung, Kultur, ÖV und erneuerbare Energien haben sich gelohnt. Die Stadt ist als Wirtschaftsstandort und auch als Wohnort wieder attraktiv. Basel-Stadt ist ohne SVP-Regierungsrat gut gefahren – das soll auch so bleiben.

Elisabeth Ackermann,
Regierungsratskandidatin

DANKE VICTOR

Nach zwei Jahren als Co-Präsident des jgb nordwest hat Victor Bättig sein Amt als Co-Präsident auf Ende 2015 abgegeben.
Ein Kontrollblick in die Datenbank bestätigt, dass wir ihn tatsächlich erst vor zwei Jahren, notabene wenige Wochen nach seinem Parteibeitritt, gewählt haben. Dass das kein Risiko, sondern eine gute Wahl war, hat sich in der Arbeit mit ihm regelmässig bestätigt. So hat er sich als unermüdlicher Schaffer und Künstler in Last-Minute-Design entpuppt.
Den Grünen wünsche ich mehr Menschen wie ihn. Alles Gute, Victor!
Bálint Csontos, Präsident junges grünes bündnis nordwest

PAPIERLOS

Von Wahlen über Kampagnen bis hin zum Apéro mit Elisabeth Ackermann, Isaac Reber oder Bálint Csontos – wir würden Dich gerne per E-Mail auf dem Laufenden halten. Melde uns doch Deine Adresse – und Du bleibst immer über Häppchen und Wahlen informiert. Danke!
info@gruene-bl.ch
sekretariat@gruene-bs.ch

AGENDA

10. Mai: Stammtisch Kleinbasel, Acero, 18.15 Uhr

21. Mai: March against Monsanto, Barfi, 13.30 Uhr

27. - 29. Mai: Grüne BL/BS BastA! und jgb am Eco-Festival

29. Mai: Filmabend „Tomorrow“ kult.kino atelier, 18 Uhr, Grüne BS

5. Juni: Abstimmungssonntag

10. Juni: Stammtisch West, Kannenfeldpark, 18 Uhr

19. Juni: Menschenstrom gegen Atom

24. Juni: jgb Sommerfest

16. August: Mitgliederversammlung Grüne BL in Liestal

23. August: Mitgliederversammlung Grüne BS, Unternehmen Mitte

DAS LETZTE

Politische Mathematik wird gemeinhin als simpel verkannt: Wenn die Partei F im Landrat zulegt, erhält F einen zusätzlichen Sitz im Schulrat. So weit, so einfach. Wenn aber die G nach einem Sitzverlust anfragen, ob ihre KandidatInnen nicht ihre Sitze behalten könnten, weil doch kompetent und motiviert, dann macht F seine Stärke und Kompetenz geltend. Leider nur um zu merken, dass dem nicht so ist und F von RR MG eine Fristverlängerung benötigt...
Was lernen wir daraus:

$$f(Landratsitze\ Partei\ F + x) = \frac{(\text{Schulratssitze Partei G} - \text{x}) * \text{Zeit RR MG}}{\sqrt{Unfähigkeit}}$$

Damit wäre nicht nur bewiesen, dass alles relativ ist, sondern auch die Ursache des Baselbieter Bildungschaos. Sollte Partei G in einer nicht allzu fernen Zukunft und/oder Galaxie doch noch eine Rückmeldung erhalten, wird die Redaktion umgehend informieren.

PAROLEN 5. JUNI

EIDGENÖSSISCHE VORLAGEN

→ Für ein bedingungsloses Grundeinkommen: Ja
→ Für eine faire Verkehrsfinanzierung: Nein
→ Pro Service public: Nein
→ Fortpflanzungsmedizingesetz: Grüne BL: Stimmfreigabe Grüne BS: Ja
→ Änderung des Asylgesetzes: Ja

BASELLAND

→ Für eine bedarfsgerechte familienergänzende Kinderbetreuung: Nein
→ Einführung Lehrplan 21: Nein
→ Verzicht auf kostentreibende Sammelfächer: Nein
→ Bildungsqualität auch für schulisch Schwächere: Ja
→ Gerichtsorganisationsgesetz: Ja
→ Pensionskassengesetz (PKG)-Reform beim Vorsorgewerk der Universität Basel in der Pensionskasse des Kantons Basel-Stadt: Ja

BASEL-STADT

→ Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (Bankgesetz): Stimmfreigabe
→ Neubau Amt für Umwelt und Energie (AUE): Ja
→ Änderung des Organisationsgesetzes der Basler Verkehrs-Betriebe (BVB-OG): Nein